

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 14. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark. Wochenzustellung für Monat Juni 5,40 Mark ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wg., für auswärts 40 Wg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 20 mm breite Zeile 20 Wg., außerhalb 30 Wg., außerhalb 30 Wg., Längere Gebühre 50 Wg. Wichtige Anzeigen gegen Vorauszahlung.

**Druckerei** und **Druckmaschinenfabrik**:  
 Marienstraße 38/42  
 Druck und Verlag von **Ernst & Heinrich** in Dresden  
 Postfach-Nummer 1068 Dresden

**Druckerei** und **Druckmaschinenfabrik**:  
 Marienstraße 38/42  
 Druck und Verlag von **Ernst & Heinrich** in Dresden  
 Postfach-Nummer 1068 Dresden

Kostenlos aus mit deutscher Umschreibung („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
 Kunstspielpianos  
 seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
 Meissen in Martinstr. 12 Bautzen in Seminarstr. 8

*Erstklassige*  
**Reise-Koffer**  
**Schrank-Koffer**  
 sämtliche Reiseartikel  
**ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26**

**KONDITOREI**  
**Limberg**  
 Prager Straße 10  
 Erstklassige  
 Gebäcke und Getränke  
 Große Auswahl in Zeitungen

## Rüge der Volkspartei für Stresemann.

### Drei wichtige Entschliessungen:

Für Scholz — gegen Dr. Stresemann — weder für noch gegen das Kabinett.

Berlin, 27. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab über ihre Fraktionsstimmung, die fünf Stunden dauerte, folgendes Kommuniqué aus: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat heute vormittag 11 Uhr zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Es wurde zunächst, und zwar in geheimer Abstimmung,

folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Fraktion dankt ihrem Vorsitzenden und Führer (Dr. Scholz, Die Red.) aus Wärme für seine nun fast 5 Jahre währende unermüdete opferwillige und erfolgreiche Arbeit im Dienste für Fraktion, Partei und Vaterland, insbesondere auch für die geschickte und zielbewusste Führung der Verhandlungen zur Regierungsbildung in den letzten Wochen und spricht ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

Des Weiteren wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Fraktion stellt fest, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine künftige enge Fühlung aller an den politischen Entscheidungen Beteiligten untereinander und mit den Fraktionsführern voraussetzt, und erwartet daher, daß dementsprechend von allen Fraktionsmitgliedern verfahren wird.

Am Schluß der Sitzung wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen die Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nichtfraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- oder Misstrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.

Dieser Fraktionsbeschluss der Deutschen Volkspartei ist sehr interessant, teils durch das, was er direkt, noch mehr aber durch das, was er indirekt besagt. Direkt spricht er dem Führer der Fraktion, Dr. Scholz, in einem durch besondere Wärme ausgezeichneten Tone rückhaltloses Vertrauen aus. Diese nach Form und Inhalt gleich bemerkenswerte Kundgebung war nötig geworden, weil Dr. Scholz nach der Meldung eines demokratischen Blattes die Absicht kundgegeben hatte, den Vorsitz in der Fraktion niederzulegen, aus Verhinderung darüber, daß Dr. Stresemann sein vielbesprochenes Telegramm aus Böhmerndorf über die Bildung der „Körper-Regierung“ mit verkleideter Großer Koalition an Müller-Franken abgeschickt hatte, ohne sich vorher mit Dr. Scholz in Verbindung gesetzt zu haben. Man glaube aber, daß Dr. Scholz nach der ihm erteilten ehrenvollen und einstimmigen — trotz geheimer Abstimmung! — beschlossenen Vertrauenskundgebung an seinem Platte verbleiben werde. Das ist tatsächlich das Vorgehen Dr. Stresemanns in der Fraktion einen peinlichen Eindruck gemacht hat, geht ganz klar aus der denn auch veröffentlichten, aber doch auch so genügend deutlichen Verwahrung hervor, die in dem zweiten Teil der Kundgebung enthalten ist. Der Hinweis auf die „richtige“ Leitung der Partei und Fraktion, die Betonung der Notwendigkeit einer künftigen Fühlungnahme aller Beteiligten, der Ausdruck der Erwartung, daß hinfür alle Fraktionsmitglieder entsprechend verfahren würden — das alles kann in bezug auf die Spitze, die es hat, unmissverständlich verstanden werden. Und das Gewicht dieser Verwahrung wird noch vermehrt durch die Feststellung, daß die Fraktion durch ihre Zustimmung zum Verbleiben Dr. Stresemanns und Dr. Curtius' im neuen Kabinett in ihrer Entschlossenheit gegenüber Vertrauens- und Misstrauensvoten in keiner Weise gebunden sei. Diese Vorgänge verstärken den Eindruck, daß die Regierungsbildung durch Müller-Franken unter einem sehr ungünstigen Stern steht.

hat zukommen lassen. Aus diesem Telegramm geht hervor, daß auch in der Deutschen Volkspartei die schwersten Bedenken gegen die Einrichtung des Amtes eines Bizekanzlers bestehen, weshalb auch Müller-Franken es für überflüssig erachtete, nun seinerseits dem Zentrum in dieser Frage entgegenkommen zu zeigen, da ja an der Sache gar nichts geändert würde. Bemerkenswert ist noch die Mitteilung, daß

Hindenburg sich in offenbar recht energischen Worten das gegen verwahrt hat, sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen.

Eine solche energische Stellungnahme eines deutschen Reichspräsidenten steht bisher vereinzelt da und hat selbstverständlich im Zentrum das größte Aufsehen erregt. Grundtätlich wird man sagen müssen, daß es durchaus zu begrüßen ist, wenn der Reichspräsident das Ueberwachen von parteipolitischen und personellen Interessen gegenüber seinen verfassungsmäßigen Rechten klar und eindeutig zurückweist, selbst wenn es gegenüber bürgerlichen Parteien erfolgt.

In sozialdemokratischen Kreisen versucht man die Tatsache, daß sich der Reichspräsident energisch gegen die Beschlüsse der Zentrumspartei ausgesprochen hat, dahin auszuwerten, als ob man nunmehr eine Einheitsfront mit Hindenburg bilde, zumal man sich als fitfamile und brave Fraktion aufgeführt habe. Davon kann natürlich keine Rede sein, da Hindenburg nichts anderes tun wollte, als jede Grenz- und Kompetenzüberschreitung seitens der Parteipolitik abzuwehren.

Müller-Franken hat, entsprechend dem Wunsche Hindenburgs, diese Stellungnahme der Zentrumspartei, und zwar den Abg. Effer und Stegerwald, mitgeteilt. Diese beiden Unterhändler wichen wohl zunächst einen Schritt zurück, indem sie erklärten, daß die Zentrumspartei sich nicht mehr auf die Schaffung eines Bizekanzlerpostens versteife, sondern die Lösung in den Vordergrund rücke, die darin besteht, dem Zentrum ein politisches Ministerium, wie etwa das Reichsinnenministerium, zu überlassen. Hier aber stießen die Zentrumspartei unterhändler auf den schärfsten Widerstand Müller-Frankens, da die Sozialdemokraten an Herrn Severing festhalten, während sie offenbar Herrn Hilferding dazu bewegen haben, von seiner Kandidatur zurückzutreten, was dem Inflationsfinanzminister sicherlich nicht leicht geworden ist. Das Zentrum erklärte, daß das Finanzministerium kein politisches Ministerium sei, und die Fraktion stellte sich kurz darauf noch einmal einhellig hinter die Erklärung, die die Abg. Effer und Stegerwald Müller-Franken abgeben hatten. Das Echo aus der Sozialdemokratie war entsprechend scharf und lautet: Wir halten unter allen Umständen an Herrn Severing fest.

Die Situation ist also reflexlos verfahren.

Die Deutsche Volkspartei hat ihrem Parteiführer, wie ausdrücklich unterstrichen wird, einstimmig, und zwar einstimmig der Stimme des anwesenden Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, einen Verweis erteilt. Die Zentrumspartei ist mit der Sozialdemokratie kategorisch aneinandergeraten. Hindenburg ist mit dem Blick seiner verfassungsmäßigen Rechte seinerseits dazwischen getreten. Die Regierungsverhandlungen sind auf dem toten Punkt. Es ist eine Situation geschaffen von einer Verwirrtheit, wie sie in dem gewöhnlich an Wirrnissen nicht armen parlamentarischen System der Nachrevolutionärszeit nahezu einzig dasteht. Die Demokraten sind ebenso sprachlos wie hilflos. Nur wenige Parlamentarier haben die Ruhe nicht ganz verloren. Noch bis zur 9. Abendstunde stehen die Prominenten im aufgeregten Gespräch in der Wandelhalle beisammen. Wirth ist namenlos böse und gibt seiner Stimmung nach allen Seiten unverhohlenen Ausdruck. Nur ein paar unverwundliche Optimisten geben auf und ab, und man hört aus hohlichem Munde das nette Wort: Solange noch gesungen wird, ist die Kirche nicht aus.

Was nun?

Müller-Franken wird morgen vormittag zu Hindenburg gehen und ihm von dem hoffnungslosen Reichstagsstimmungsabstand Mitteilung machen. Man vermutet sogar, daß Müller-Franken morgen dem Reichspräsidenten seinen Austrag zurückgeben wird. Die Zentrumspartei, deren Vorstand noch bis in die späten Abendstunden mit belien Zusammentreffen und die zunächst ihre Mitglieder angewiesen hatte, weiterhin im Hause zu bleiben, ist auch nicht vom Fleck gekommen. Müde und verärgert sah man die Abgeordneten zur Garderobe abmarschieren. Morgen vormittag wird auch in dieser Fraktion das Spiel von neuem beginnen. Die Sozialdemokraten werden das gleiche tun, aber was soll denn schließlich dabei herauskommen? Wenn der Born auch bei den konfessionsgemischten Parteien der Mitte und Linken meist bald veräuscht, diesmal sind die Bestimmungen doch recht erheblich. Große Koalition? Die scheint zu Tode verhandelt zu sein. Weimarer Koalition? Mit einem verärgerten Zentrum?

Gerüchte gehen um, als bereite sich im Hintergrunde ein neuer Reichsblock vor mit Marx in der Führung. Aber die Situation der Denksationalen auch nur etwas überblickt, kann nur sehr schwer an derartige Kombinationen glauben. Also Reichstagsauflösung? Die Partei der Nichtwähler ist offenbar noch viel zu klein...

## Gibt Müller-Franken seinen Auftrag zurück?

Hindenburg gegen das Bizekanzleramt und gegen Zentrumsanmaßungen.

### Hoffnungslosigkeit.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Juni. Die schwere Versteifung, die sich in den Regierungsverhandlungen ergeben hat, hält noch unverändert an. Der Abg. Müller-Franken ist bereits, wie sich aus dem Kommuniqué über seinen Besuch beim Reichspräsidenten v. Hindenburg ergibt, wieder einmal am Ende seiner Kräfte angelangt. Da das Zentrum von seiner Forderung, den Abg. Dr. Wirth wieder auf einen politischen einflussreichen Ministerposten untergebracht zu sehen, nicht abgehen will, erscheint es sehr fraglich, ob es dem Abg. Müller gelingen wird, aus der Sackgasse der personellen Schwierigkeiten herauszukommen, nachdem ihm aus der Sackgasse der sachlichen Schwierigkeiten der Reichsaußenminister Dr. Stresemann herausgeholfen hatte.

Die Gründe, die dem Zentrum dazu Veranlassung gegeben haben, der prononcierten Herausstellung Dr. Wirths die Wege zu ebnen, werden in politischen Kreisen verschiedenes gedeutet. Dabei scheint die härteste Gruppe, die bekanntlich nicht gerade Wirth freundlich gesinnt ist, den Hintergedanken gehabt zu haben, den wenig beliebten Fraktionskollegen soweit wie nur irgendmöglich zu exponieren, um ihn dann nach einem bestimmten erwarteten politischen Verlagen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Offenbar ist Dr. Wirth über diese wahrhaft kameradschaftlichen Motive nicht sofort im Bilde gewesen.

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat, wie aus dem amtlichen Kommuniqué zu ersehen ist, sich gegen die Schaffung eines Bizekanzlerpostens ausgesprochen. Nun kann zwar gegen die Haltung des Reichspräsidenten eingewendet werden, daß ja auch das jetzt verlassene Reichskabinett einen Bizekanzler in der Person des Justizministers Hertig gehabt hat. Tatsächlich ist auch in der heutigen Fraktionsstimmung des Zentrums erklärt worden, daß man doch eben so gut im Kabinett einen Bizekanzler haben könne. Wenn Reichspräsident v. Hindenburg erklärte, daß er im kommenden Kabinett einen Bizekanzler nicht haben will, so geschah das nur aus der nicht von der Hand zu weisenden Befürchtung, nur aus der ganz Arbeit des neuen Kabinetts den schwersten Belastungsproben ausgesetzt wäre, wenn sich zwischen Reichsaußenminister Müller-Franken und Bizekanzler Dr. Wirth ein dauernder Kampf um die Leitung der Regierungsgeschäfte entwickelte, zumal von Dr. Wirth zu befürchten ist, daß er

sich in seinem Geltungshunger nicht scheuen würde, über seine Befugnisse hinaus in die des Reichskanzlers selbst einzugreifen. Der Reichspräsident hat mit seiner Stellungnahme sich durchaus nicht etwa auf die Seite Müller-Frankens gegeben. Eine Entscheidung zugunsten einer Partei lag ihm selbstverständlich völlig fern. Für ihn handelt es sich nur darum, von Anfang an den überaus unliebsamen Zustand, daß sich zwischen dem Reichskanzler und dem Bizekanzler ein ständiger Konkurrenzkampf ergäbe, zu verhindern.

### Der amtliche Bericht

über den Besuch Müller-Frankens beim Reichspräsidenten lautet folgendermaßen:

Abg. Müller-Franken berichtete heute nachmittag dem Herrn Reichspräsidenten über den weiteren Fortgang seiner Verhandlungen mit den für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Persönlichkeiten und den Fraktionen des Reichstags, denen diese Herren angehören. Seine Bemerkungen seien dadurch auf Schwierigkeiten geknüpft, daß die Zentrumspartei nach ihren heutigen Erklärungen darauf bestehe, entweder für den Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium auch das Amt eines Bizekanzlers oder an Stelle des Verkehrsministeriums ein politisches Ministerium, wie das des Reichsinnenministeriums des Innern, verlangen. Er sehe bei dieser Sachlage keine Möglichkeit mehr für ausgiebige Verhandlungen.

Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgesehene Amt eines Bizekanzlers anerkenne, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen. Er ersuchte den Abg. Hermann Müller-Franken, diese keine Entschliessung der Zentrumspartei mitzubringen. — Abg. Müller-Franken wird dem Reichspräsidenten im Laufe des morgigen Vormittags Bericht über seine weiteren Besprechungen mit dem Vorstand der Zentrumspartei erstatten.

Abg. Müller-Franken kehrte aus dem Reichspräsidentenpalast zurück und rief die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen. Er setzte seinen Genossen auseinander, was der Reichspräsident gesagt habe und erwählte dabei noch ein weiteres Telegramm, das der Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Nachmittag dem Büro des Reichspräsidenten